

(Vizepräsident Dr. Klose)

- (A) Ich habe eben auch nachgelesen, was sich gestern zugetragen hat. Ich muß mich auch jedes Kommentars dazu enthalten. Lassen Sie mich sagen: Ich habe jedenfalls die Amtsführung der Präsidentin gestern als völlig korrekt empfunden.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Herr Kollege Hardt, wir werden das aufgreifen, was Sie eben vorgetragen haben. Wir werden das sicherlich zum Gegenstand einer Besprechung im Präsidium machen.

Meine Damen und Herren! Ich komme damit zum nächsten Punkt der Tagesordnung, und zwar zu

### 3 Attraktivität der Berufsausbildung und des dualen Systems steigern - berufliche Sekundarstufe II neu strukturieren

Antrag  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 12/1064

Ich eröffne hiermit die **Beratung** und darf zunächst Frau Kollegin Gödecke für die Fraktion der SPD aufrufen.

(B)

**Carina Gödecke (SPD):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach fast einem Jahr Parlamentsarbeit legen wir dem Plenum heute einen bildungspolitischen Antrag vor, der nicht nur für die weitere Entwicklung unseres Schulsystems von entscheidender Bedeutung ist. Wir wollen die berufliche Sekundarstufe II neu strukturieren.

Dazu sollen die berufsbildenden Schulen und die Kollegschulen zu einem neuen, einheitlichen und eigenständigen beruflich ausgerichteten System der Sekundarstufe II, dem Berufskolleg, zusammengeführt werden. Mit dieser Zusammenführung wollen wir die Attraktivität des dualen Systems steigern, die berufliche Qualifizierung verbessern, zukunftsorientierte Lernangebote entwickeln, um letztlich auch die Transparenz des beruflichen Bildungsangebotes zu erhöhen.

Wenn man der Anhörung, die vor gut fünf Wochen stattgefunden hat, aufmerksam gefolgt ist, dann kann man in bezug auf unseren Antrag mit Recht sagen: Er muß einfach die breite Zustimmung in diesem Hause finden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Denn keine der beteiligten Organisationen, von der IHK über den Verband der Lehrer an berufsbildenden Schulen bis hin zu DGB und GEW, niemand hat die Notwendigkeit und die Richtigkeit der Zusammenführung bestritten. Ganz im Gegenteil: Alle begrüßen die Schaffung einer beruflichen Sekundarstufe II, die eine echte und qualifizierte Alternative zur gymnasialen Oberstufe und deren Abschlußmöglichkeiten darstellt. (C)

Deshalb: Wer diesem Antrag heute nicht zustimmt, stellt sich damit bildungspolitisch selbst ins Abseits.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Warum nun und vor allen Dingen wie wollen wir die Zusammenführung? Wenn wir über die Zukunftschancen junger Frauen und Männer in Nordrhein-Westfalen nachdenken, spielt die Frage der Zahl und der Finanzierung von Ausbildungsplätzen zu Recht eine große, eine entscheidende Rolle.

Doch wir Politikerinnen und Politiker tragen insbesondere die Verantwortung für die qualitative Weiterentwicklung und Verbesserung des schulischen Anteils an der Berufsausbildung. Im dualen System, dem gleichberechtigten Miteinander von betrieblicher und schulischer Ausbildung, dem verantwortlichen und verantwortungsbewußten Miteinander von Staat und Wirtschaft, müssen beide Partner ihre originären Aufgaben erfüllen. Und originäre Aufgabe des Landes ist die Weiterentwicklung des beruflichen Schulwesens. (D)

Eine anspruchsvolle und erfolgreich abgeschlossene berufliche Ausbildung bietet für jeden einzelnen ein Stück Zukunft, ein Stück Existenzsicherung, ein Stück Lebensperspektive. Für unsere Gesellschaft und unsere Wirtschaft aber ist eine qualifizierte berufliche Ausbildung die Grundlage für Wettbewerbsfähigkeit, Innovation, Standorticherung und vieles mehr. Deshalb müssen wir als Partner im dualen System alles tun, um die Attraktivität der beruflichen Bildung zu steigern, jeder an seiner Stelle und in seinem Verantwortungsbereich.

Wer sich heute für eine qualifizierte Berufsausbildung entscheidet, muß erkennen können, daß er oder sie sich für einen Highway und nicht für eine Sackgasse entschieden hat. Unverzichtbares Element zur Steigerung der Attraktivität des dualen Systems ist daher die Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung. Dieser Grundsatz, der gleichzeitig Ziel und Weg ist, kann nur verwirklicht werden, wenn wir alle anerkennen,

(Gödecke [SPD])

(A) daß berufliche Bildung zugleich auch allgemeine Bildung ist.

Bezogen auf die Struktur des künftigen Berufskollegs heißt das, daß wir umfassende Möglichkeiten schaffen wollen und schaffen werden, zeitgleich mit den beruflichen auch allgemeine Abschlüsse und Qualifikationen zu erwerben. Das bedeutet durchaus einen Ausbau doppelqualifizierender Bildungsgänge, allerdings integrativ und nicht additiv. Das bedeutet auch, mit einem Abschluß die Zugangsberechtigung für die jeweils nächste berufliche und allgemeinbildende Ausbildungsstufe erwerben zu können. Dies umfaßt in unseren Vorstellungen den nachträglichen Hauptschulabschluß ebenso wie die Möglichkeit, die allgemeine Hochschulreife beispielsweise über eine Fachoberschule, Klasse 13, erwerben zu können.

Gleichwertigkeit der Abschlüsse darf aber nicht mit völliger Gleichheit verwechselt werden. Dort, wo im Rahmen der beruflichen Ausbildung die für ein Studium erforderlichen Methoden und Fachkompetenzen erworben werden, soll die Berufsausbildung zumindest teilweise, wenn nicht gar vollständig angerechnet werden.

(B) Lassen Sie mich noch einen zweiten Aspekt hervorheben: Wir wollen, daß stärker als bisher das Prinzip der Differenzierung Einzug in die Teilzeitbildungsgänge hält; denn gerade dort finden wir schon heute eine überaus heterogene Schülerschaft mit sehr unterschiedlichen Eingangsvoraussetzungen und Abschlußorientierungen. Darauf muß und darauf soll das Berufskolleg künftig im berufsübergreifenden oder im Obligatorikbereich viel stärker Rücksicht und Bezug nehmen können - Differenzierung also, um so zur optimalen Förderung der Schülerinnen und Schüler beizutragen, Differenzierung, um so die Bildungsoption junger Menschen zu erweitern.

Doch - und dies sei auch im Blick auf die Industrie- und Handels- sowie die Handwerkskammern gesagt - damit wollen wir eines nicht: Wir wollen im Berufskolleg nicht dem Weg für eine individuelle Verkürzung der Schulzeit Tür und Tor öffnen. Differenzierung, wie wir sie verstehen, verbietet es geradezu - hier sehen wir uns in völliger Übereinstimmung mit dem Deutschen Städtetag -, Unterricht im dualen System zu verkürzen. Deshalb sagen wir auch ganz deutlich: Der Unterricht wird im zeitlichen Umfang entspre-

chend der jetzt gültigen Ausbildungsordnung Berufsschule erteilt. (C)

(Beifall bei der SPD)

Wir reden und entscheiden heute also über 480 Stunden Jahresunterricht. Wir bekräftigen sie. Wir reden und entscheiden über die schon bisher vorgesehenen und möglichen 80 Stunden Förderunterricht. Wir entscheiden aber nicht über deren Aufteilung, und wir reden bei diesem Tagesordnungspunkt auch nicht über deren Aufteilung. Das müssen die Beteiligten vor Ort, also Ausbildungsbetriebe und berufsbildende Schulen, - künftig das Berufskolleg -, in enger Abstimmung miteinander koordinieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in wenigen Minuten eine langjährige Diskussion umfassend aufzugreifen ist ein Ding der Unmöglichkeit. Deshalb lassen Sie mich zum Schluß noch auf einige wenige Punkte hinweisen.

Die Neuordnung der beruflichen Sekundarstufe II dient der Qualitätsverbesserung des dualen Systems, indem wir ganz deutlich den Lernort Schule stärken; das ist unsere Aufgabe. Wir stärken den Lernort Schule, damit unser berufliches Bildungssystem schneller und bedarfsgerechter auf veränderte und sich verändernde Anforderungen aus Wirtschaft, Gesellschaft und Arbeitswelt reagieren kann. (D)

Dazu aber müssen wir die Gestaltungsautonomie für die einzelne Schule erhöhen. Wir müssen Spielräume schaffen. Wir müssen den Schulen Raum für die notwendige Flexibilität zum Beispiel hinsichtlich der Unterrichtsorganisation und der Gestaltung der Stundentafeln schaffen. Wir wollen mit dem Berufskolleg eine engere Verknüpfung von beruflicher Erstausbildung und Weiterbildung erreichen. Wir wollen dem Berufskolleg die bewährte Ordnung nach Bildungsgängen, Schwerpunkten und Lernbereichen der Kollegschule zugrunde legen.

Anlehnend an die Worte des Vertreters des Westdeutschen Handwerkskammertages bitte ich Sie daher - auch Sie, Herr Kollege Giltjes -, unserem Antrag zuzustimmen; denn es muß neben dem klassischen Weg des Gymnasiums eine berufliche Alternative geben,

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

eine Alternative, die klar und überschaubar ist, eine Alternative, die jungen Menschen Perspekti-

(Gödecke [SPD])

- (A) ven zur eigenen Zukunftsgestaltung eröffnet. Deshalb brauchen wir die Zusammenführung. Deshalb werden wir die Zusammenführung beschließen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Als nächster Rednerin erteile ich Frau Kollegin Schumann für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

**Brigitte Schumann**<sup>\*)</sup> (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Koalitionsvereinbarung von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat den Weg gewiesen, wie in dieser Legislaturperiode mit der Herstellung und Sicherung der Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung im Zusammenhang mit der zu erreichenden Zusammenführung des beruflichen Regelschulsystems und der Kollegschulen ernst gemacht wird. Indem die Koalitionsfraktionen mit diesem Antrag jetzt auf den Plan treten, unterstreichen sie die Bedeutung der Reform und den Willen, diese Reform politisch aktiv zu begleiten.

- (B) Mit den Eckpunkten formulieren wir in relevanten Punkten Vorgaben für die Verwaltung. Auch aus unserer Sicht ist die Zeit für Zusammenführung und Reform reif, denn niemand bestreitet mehr die Notwendigkeit der Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung. Das ist das erklärte Ziel aller Beteiligten; aber wichtig und entscheidend ist das "Wie". Meine Kollegin von der SPD-Fraktion hat einige entscheidende Strukturmerkmale des Berufskollegs hier vorgetragen; deshalb kann ich darauf verzichten und stelle nur noch das kurz heraus, was uns besonders wichtig ist.

Das didaktische Konzept und die Organisationsprinzipien der Kollegschule werden im Zuge der Zusammenführung nicht untergepflügt. Sie werden zur Grundlage und Vorgabe für den Entwicklungsauftrag, den wir geben. So wird nicht nur rein formal, sondern inhaltlich sichergestellt, daß über die Integration von allgemeiner und beruflicher Bildung im Medium des Berufs die Gleichwertigkeit hergestellt wird. Der Nordrhein-Westfälische Handwerkstag hat uns heute etwas gefaxt, und ich sage dazu kurz: Er hat mit seiner Interpretation, daß wir hier mit der Reform eine Überbetonung theorielastiger Bildungsinhalte vorgeben, nicht recht. Allerdings gebe ich zu, daß uns auch nichts daran liegt, nur nützlichkeitsbezogene

- oder betriebsbezogene Inhalte in den Mittelpunkt zu stellen. (C)

Auch die Mitteilung des Nordrhein-Westfälischen Handwerkstages, daß die Kollegschule doch gescheitert sei und kein Modell abgeben könne, teilen wir nicht. Im Gegenteil, der Schulversuch ist erfolgreich abgeschlossen worden. Das zeigt sich unter anderem daran, daß sich die beruflichen Regelschulen in Richtung Kollegschule weiterentwickelt haben; auch von daher ist die Zeit für die Zusammenführung reif.

Leistungsstarke und leistungsschwache Schüler und Schülerinnen sollen in der Berufsschule weiterhin gemeinsam lernen. Die Heterogenität der Auszubildenden in der Berufsschule soll zukünftig - das finden wir besonders wichtig - durch ein Differenzierungskonzept angemessen berücksichtigt werden. Allerdings wird es keine Differenzierung nach Leistungs- und Eingangsvoraussetzungen geben. Eine Aussonderung der leistungsschwächeren Auszubildenden können wir nicht dulden. Wir halten an der Einheitlichkeit der Berufsbildung fest.

Das Differenzierungskonzept ist ebenso wichtig wie das Lernbereichskonzept der Kollegschule. Deswegen betonen wir auch beides gleichzeitig und beides gleichwertig. Das Lernbereichskonzept der Kollegschule kann die Verzahnung von berufsbezogenen und berufsübergreifenden Inhalten vornehmen. Unser Anspruch, daß berufliche Ausbildung im dualen System auch Bildung ist, wird durch dieses Konzept in der Überschreitung eines rein nützlichkeitsbezogenen oder arbeitsmarktkonformen Berufsbezuges realisiert. Deshalb betonen wir auch die Gleichzeitigkeit - das hatte ich schon gesagt. (D)

Ein wesentlicher Eckpunkt ist die Bestätigung des zeitlichen Umfangs von Berufsschulunterricht entsprechend der gültigen Ausbildungsordnung "Berufsschule". Damit ist aber auch eine Überschreitung von maximal acht Stunden für einen Berufsschultag ausgeschlossen. Das sage ich schon einmal im Vorgriff auf den Antrag der CDU, der heute ganz zum Schluß behandelt werden wird, Herr Giltjes. Der Aushöhlung des Bildungsanspruchs für Berufsschüler und -schülerinnen seitens der Wirtschaft und des Handwerks wird so eine deutliche Absage erteilt.

Wir unterstreichen, daß im Rahmen der Kooperationsvereinbarung zwischen dem Ministerium für Schule und Weiterbildung und dem Handwerk die Interessen der ausbildenden Betriebe durch eine

(Schumann [GRÜNE])

(A) zeitliche Flexibilisierung der Berufsschulangebote hinreichend berücksichtigt werden können. Niedersächsische Verhältnisse wollen wir in Nordrhein-Westfalen nicht einführen. Daß und wie diese Neuordnung geeignet ist, bestimmte gesellschaftliche Problemlagen aufzugreifen und zu beantworten, möchte ich noch an einigen Beispielen verdeutlichen.

**Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Entschuldigen Sie bitte, darf ich Sie einmal unterbrechen? - Wollen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Meyer zulassen?

**Brigitte Schumann<sup>1)</sup>** (GRÜNE): Ja bitte.

**Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Bitte schön.

**Laurenz Meyer<sup>1)</sup>** (CDU): Frau Schumann, ich wollte Sie nur einmal fragen, ob Ihnen bekannt ist, daß Wirtschaftsminister Clement am Dienstag bei der Handwerksmesse erklärt hat, daß das nordrhein-westfälische Landeskabinett am Dienstagvormittag beschlossen habe, das niedersächsische Modell auch für Nordrhein-Westfalen zuzulassen. Das ist auch in der Presse wiedergegeben worden. Im Landeskabinett sind ja Ihre Kollegen auch dabei.

(B) **Brigitte Schumann<sup>1)</sup>** (GRÜNE): Herr Meyer, mir ist von dieser Aussage berichtet worden, die er angeblich gemacht haben soll. Ich werde ihn bitten, das richtigzustellen, denn ich kann mir nicht vorstellen, daß er das öffentlich gesagt haben soll.

(Zurufe von der CDU)

Das werden wir klären, Herr Meyer, das läßt sich ja alles klären. Deswegen braucht man jetzt gar nicht aufgeregt zu sein. Es gilt das, was in diesem Antrag steht und was ich hier vorgetragen habe.

Ich will noch darauf zurückkommen, welche Problemlagen mit der Reform beantwortet werden.

Angesichts der Ausbildungsverweigerung von immer mehr Betrieben und einer ungesicherten Beschäftigungsentwicklung sind doppelqualifizierende Angebote für alle Jugendlichen auf allen Ebenen ein wesentlicher Beitrag des Staates zu einer Verbesserung der arbeitsmarktpolitischen und der beruflichen Chancen. Sie können auch

der persönlichen Perspektivlosigkeit ein Stück entgegenwirken. (C)

Berufliche Bildung ist aus unserer Sicht immer so zu gestalten, daß sie die Option für eine Weiterqualifizierung und auch für ein universitäres Studium enthält. Allerdings betone ich, daß dies kein Ersatz für eine Ausbildungsplatzabgabe sein kann. Als GRÜNE wiederholen wir die Dringlichkeit der Einführung eines solchen Instrumentes zur Lösung der Jugendarbeitslosigkeit, die zur Zeit in einem nie gekannten Ausmaß herrscht. Die Zahlen können wir täglich nachlesen.

Besonders wichtig ist auch, daß die gymnasiale Oberstufe von einer wachsenden Zahl von Jugendlichen nur wegen des schulischen Abschlusses und der daran hängenden Berechtigung ohne Berücksichtigung ihrer jeweiligen Neigungen und ihrer späteren beruflichen Aspirationen gewählt wird. Auf diese Art entstehen konsekutive, zeitaufwendige Lernbiographien mit einer dreijährigen gymnasialen Oberstufe und einer anschließenden Berufsausbildung. Dies vergrößert nicht nur die Heterogenität der Berufsschüler und -schülerinnen in der Berufsschule, sondern kostet auch individuelle Bildungszeit und trägt in einem nicht unerheblichen Maß zu den Bildungskosten und deren Steigerung im Landeshaushalt bei.

Weiterhin wichtig ist: Immer wieder ist darauf verwiesen worden, daß die Lösung des Facharbeitermangels in der Attraktivitätssteigerung der dualen doppelqualifizierenden Ausbildung liegt. Unsere Neustrukturierung sorgt dafür, daß es in der beruflichen Ausbildung keine Sackgasse gibt. (D)

Die personalen und sozialen Kompetenzen müssen in einer beruflichen Bildung gestärkt werden; denn die Übernahme von Eigenverantwortung und Verantwortung für andere wächst mit der komplexen Entwicklung hochtechnologischer Arbeitswelten. Lebenslanges Lernen, nicht Festlegung und Spezialisierung auf eine berufliche Tätigkeit, ist heutzutage Voraussetzung für das Bestehen in einer Berufswelt, die ständig im Wandel ist.

Die Neustrukturierung des Berufskollegs trägt diesem Anliegen durch ihr inhaltliches Konzept voll Rechnung.

Die Zusammenführung und Neustrukturierung fällt in eine Zeit des schulischen Paradigmenwechsels hin zur Stärkung der Einzelschule durch die Übernahme von mehr Verantwortung durch die Einzelschule. Diese Innovationen im Sinne der Denkschrift sind voll für den dynamischen Entwick-

(Schumann [GRÜNE])

- (A) lungsprozeß in der beruflichen Sekundarstufe II nutzbar zu machen.

Wir haben das Verfahren im Antrag festgelegt. Es wird zur Mitte der Legislaturperiode ein Gesetz geben, und die entsprechenden Grundlinien für die Verordnungen werden vorgelegt. Danach beginnt der Überleitungszeitraum der Zusammenführung von fünf Jahren.

Damit wird das Land im Übergang zum Jahre 2000 seinen Beitrag leisten, die Qualität der beruflichen Bildung entsprechend ihrer gesellschaftlichen Bedeutung zu steigern. Wir erwarten umgekehrt, daß die Wirtschaft diese Anstrengung für den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen honoriert und ihrerseits alle Anstrengungen unternimmt, die duale Ausbildung als gemeinsames Unternehmen von Staat und Wirtschaft zu erhalten und auf einem hohen Niveau weiterzuentwickeln.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

**Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Ich erteile der Frau Kollegin Ley für die Fraktion der CDU das Wort.

(B)

**Marie-Theres Ley (Köln) (CDU):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die letzten Stunden des letzten Plenartages vor den Ferien stehen ganz im Zeichen der Schule. Es kommt mir fast vor, als sollte so, wie es auch in der Schule oft ist, am letzten Tag vieles nachgeholt werden, was im Laufe des Jahres versäumt wurde.

Da legt die Regierungskoalition einen Antrag zum berufsbildenden Schulwesen vor, wie er wirklichkeitsferner nicht sein könnte, der an den Bedürfnissen der Wirtschaft und der Auszubildenden vollkommen vorbeigeht.

(Beifall bei der CDU)

Dieser Antrag soll dann ohne Diskussion im Ausschuß nach 30minütiger Beratung hier heute beschlossen werden!

Meine Damen und Herren, es kann doch nicht wahr sein, daß über ein so wichtiges Thema, wie es die Berufsausbildung ist, kurz vor Beginn eines Ausbildungsjahres gerade einmal eine halbe Stunde debattiert werden kann!

(Beifall bei der CDU - Hans Frey [SPD]: Sie haben es nicht begriffen!)

Ich habe den begründeten Verdacht, daß die Koalition darauf hofft, daß sich der Sturm der Entrüstung von Handwerk, Industrie und Handel während der Ferien legt und SPD und GRÜNE dadurch erst einmal eine Atempause haben.

Das Vorgehen der Koalition ist um so unverständlicher, als es in der Koalitionsvereinbarung von Rot-Grün heißt - ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten -:

"Schulreformen können nicht von oben verordnet werden. Sie sind nur erfolgreich, wenn sie von möglichst vielen Beteiligten und Betroffenen mitgestaltet und mitgetragen werden."

Wenn ich mir den Berufsschulantrag von Rot-Grün ansehe, muß ich feststellen:

Erstens. Von einer Berücksichtigung oder gar Mitgestaltung aller beteiligten Partner kann absolut nicht die Rede sein; hier soll nämlich etwas verordnet werden.

Zweitens haben sich die Vorstellungen der GRÜNEN, die sie seit zwanzig Jahren postulieren, voll durchgesetzt.

(Beifall bei der CDU - Brigitte Schumann [GRÜNE]: So lange gibt es uns noch gar nicht!)

Sollte die SPD auch hier wieder den GRÜNEN auf dem Bildungssektor Zugeständnisse gemacht haben, um die Zerrissenheit in der Koalition zu über-tünchen?

Meine Damen und Herren von der SPD! Die Bildungspolitik, Schulpolitik ist doch nun wirklich zu wichtig, als daß sie hier als Manövriermasse zur Verfügung stehen dürfte.

(Beifall bei der CDU)

Seit über zwanzig Jahren gibt es in Nordrhein-Westfalen den Kollegsulversuch, das heißt eine Zweigliedrigkeit des Berufsschulwesens, das unübersichtlich, ineffizient und zu teuer ist und das von der Wirtschaft zu wenig akzeptiert wird, und seit zwanzig Jahren mahnt die CDU das Ende des Versuchs an.

Wir haben es deswegen auch begrüßt, als das Schulministerium im November einen Bericht für eine einheitliche berufsbildende Schule vorgelegt hat.

Ich gehe davon aus, daß das Ministerium den Bericht aufgrund der 20jährigen Erfahrung gemacht hat und nicht leichtfertig mit den Ergebnissen umgegangen ist. Aber von den Eckpunk-

(C)

(D)

{Ley [Köln] [CDU]}

(A) ten, die das Ministerium formulierte, ist in dem Koalitionsantrag nichts mehr übriggeblieben.

Der Rot-Grün-Antrag setzt den Kollegschulversuch als neues berufsbildendes Schulwesen fest, und das wollen wir, die CDU, nicht.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Es ist doch unverantwortlich, in einer Zeit, in der wir um jeden Ausbildungsplatz kämpfen, in der wir um der jungen Menschen willen dringend darauf angewiesen sind, daß die Zusammenarbeit zwischen Betrieb und Schule besser klappt, hat dieser Antrag nichts Besseres zu tun, als die Forderungen an die Wirtschaft zu stellen, eine ausreichende Zahl von Ausbildungsplätzen bereitzustellen, den Umfang und die lerngerechte Organisation des Berufsschulunterrichts mitzutragen

(Hans Frey [SPD]: Das ist doch ihre Aufgabe!)

und anschließend für Beschäftigungs- und Karrierechancen zu sorgen. Das habe ich so Ihrem Antrag entnommen.

(Brigitte Schumann [GRÜNE]: Ist das denn nicht richtig?)

(B) - Frau Schumann, wo leben wir denn eigentlich? Die Berufsschule ist doch kein Selbstzweck, sondern die Berufsschule ist dafür da, daß unsere jungen Leute auf die Berufstätigkeit vorbereitet werden. Deswegen ist es eine wesentliche Forderung der CDU an die neue Berufsschule, daß sie von Wirtschaft, Industrie, Handel und Handwerk akzeptiert wird.

(Beifall bei der CDU)

Ich frage mich, warum die Anhörung der Verbände und Kammern stattgefunden hat. Ist das der berühmte Dialog, der von der Ministerin überall eingefordert wird, wenn Sie anschließend nur die Punkte herausnehmen, die Ihnen gefallen?

(Beifall bei der CDU - Brigitte Speth [SPD]: Dann sagen Sie doch mal die anderen!)

Die einzige Übereinstimmung bei allen, die angehört wurden, war, daß endlich Schluß sein muß mit diesem zweigliedrigen Schulwesen und daß wir in Zukunft nur die eine berufliche Schule haben müssen. Das war die einzige Übereinstimmung.

Es ist ein Affront gegen die Wirtschaft, wenn die neue Struktur nach Bildungsgängen, Schwerpunkten und Lernbereichen ausgelegt werden soll. (C)

(Brigitte Schumann [GRÜNE]: Das kommt ihr zugute!)

Dies ist ein typisches Beispiel für Ihre Ideologie, die hinter dem Antrag steht.

(Brigitte Schumann [GRÜNE]: Das falsche Bewußtsein!)

Die neue Berufsschule muß sich an Berufsfeldern orientieren, wie sie in der Wirtschaft vorkommen und wie es die Menschen, die Meister, die Auszubildenden und alle, die sich dafür interessieren, auch verstehen. Das trägt übrigens auch zur größeren Transparenz des Berufsschulwesens bei.

Nun wird von Insidern oft gesagt, diese unterschiedlichen Bezeichnungen meinten im Grunde dasselbe und sollten nicht so wichtig genommen werden. Da muß ich allerdings fragen: Warum bleiben Sie dann nicht bei dem Begriff "Berufsfeld", wie er allgemein verständlich und plausibel ist?

Ein wichtiger Aspekt, der in Ihrem Antrag nicht erwähnt wird, ist die Anerkennung der schulischen Abschlüsse durch die Kultusministerkonferenz. Wir können es unseren jungen Leuten doch nicht zumuten, daß sie in Nordrhein-Westfalen ihre Anstrengungen und Kraft in eine Ausbildung stecken, die in den anderen Bundesländern nicht anerkannt wird und auch bei der Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen wenig Akzeptanz findet. Wir brauchen eine Berufsschule, die die berufliche Bildung attraktiver macht. Die CDU will eine eigenständige, leistungsstarke, übersichtliche und von der Wirtschaft akzeptierte Berufsschule mit großer Differenzierung, die den verschiedenen Vorbildungen, Leistungen und Zielen gerecht wird. (D)

Wir wollen die Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung, aber nicht dadurch, daß die berufliche Bildung durch Theorie überfrachtet wird.

(Hans Frey [SPD]: Sondern?)

Berufs- und Studierfähigkeit müssen durch berufliches Lernen und berufliche Praxis selbst entwickelt werden. Wenn die Praxisorientierung verlorenggeht, schadet das der Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung.

(Hans Frey [SPD]: Wo steht das denn?)

(Ley [Köln] [CDU])

- (A) Durch eine abgeschlossene Berufsausbildung muß ein allgemeinbildender Abschluß erreicht werden. Mehrjährige Berufstätigkeit und Meisterprüfung oder ähnliches müssen den Zugang zu den Hochschulen ermöglichen.

(Hans Frey [SPD]: Das ist doch schon vernünftig!)

Die Berufstätigkeit, aber nicht die Theorieüberfrachtung!

(Hans Frey [SPD]: Gehen Sie doch von Ihren Klischees weg!)

Die Bildungsgänge, die nur geringe berufliche Ausrichtung haben, gehören für uns ans Gymnasium.

Wir wollen auch in Zukunft keine Oberstufenzentren, sondern zwei gleichwertige Sekundarstufen II: die berufsbildende Schule und das Gymnasium.

(Beifall bei der CDU - Brigitte Schumann [GRÜNE]: Das steht im Antrag! - **Vorsitz: Präsident Ulrich Schmidt**)

- (B) **Präsident Ulrich Schmidt:** Vielen Dank. - Das Wort hat die Frau Ministerin für Schule und Weiterbildung, Frau Behler. - Bitte schön.

**Gabriele Behler,** Ministerin für Schule und Weiterbildung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Antrag der beiden Regierungsfractionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat zum Ziel, einen Beitrag zur Steigerung der Attraktivität der Berufsbildung und des dualen Systems zu leisten.

Es geht an dieser Stelle nicht um manche Fragen, die Sie in diesem Kontext ebenfalls angesprochen haben; dafür haben wir heute einen weiteren Tagesordnungspunkt. Wir werden diese Fragen an der entsprechenden Stelle in der Tagesordnung natürlich behandeln.

Die Steigerung der Attraktivität der Berufsbildung und des dualen Systems ist eine dringliche Aufgabe; denn Berufsbildung und duales System befinden sich in einer schwierigen Situation. Ich will sie mit einigen Stichworten kennzeichnen:

Beim Ausbildungsplatzangebot haben wir nach den neuen Zahlen der Arbeitsverwaltung erneut einen Rückgang zu verzeichnen. Die Situation für

viele Jugendliche ist mehr als besorgniserregend. Die Betriebe stehen unter heftigem Kostendruck, und die konjunkturelle Schwäche läßt viele von ihnen pessimistisch in die Zukunft blicken. Das sind keine guten Voraussetzungen für eine schnelle Wende auf dem Ausbildungssektor, obwohl die Wirtschaft das zugesagt hat. (C)

(Laurenz Meyer [CDU]: Und dann sind Sie für Schulexperimente!)

- Dazu werden wir gleich kommen!

Das duale Ausbildungssystem gerät zusätzlich unter Druck durch den schnellen Wandel der betrieblichen und wirtschaftlichen Anforderungen. Globalisierung und Europäisierung sind hier die Stichworte. Nicht immer kann der Wandel sofort aufgegriffen und in die Ausbildung eingebracht werden. Zusätzlich ergeben sich neue Tätigkeitsfelder, auf deren Ausbildungsbedürfnisse das duale System reagieren muß. Und - damit greife ich Ihren Zwischenruf gern auf -: Diese Reaktion auf neue Tätigkeitsfelder, auf neue Anforderungen, auf notwendige neue Profile kann nicht darin bestehen, sich darauf zu beschränken, alles festzuschreiben, wie es in der Vergangenheit schon immer gewesen ist. Das ist dann mehr als Provinzialismus.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Die schwierige Situation, die wir haben, führt dazu, daß in vielen Veröffentlichungen von einer Krise des dualen Systems die Rede ist. Von vielen Seiten wird gefordert, das System flexibler zu gestalten und besser an die Bedürfnisse des Ausbildungsmarktes anzupassen. Alle Beteiligten werden aufgerufen, ihre Beiträge zur Modernisierung der Berufsausbildung zu leisten. Vielleicht darf ich in Klammern sagen: Zu "allen Beteiligten" gehört meines Erachtens auch die Opposition im nordrhein-westfälischen Landtag. (D)

Deshalb begrüße ich es hier und heute ausdrücklich, daß über die generellen Ziele des vorliegenden Antrags ein hohes Maß an Übereinstimmung festgestellt werden kann. Sie können sich noch so sehr Mühe geben: Dieses hohe Maß an Übereinstimmung ist einfach vorhanden.

(Laurenz Meyer [CDU]: Bei wem denn? Nur bei den Koalitionsfractionen! - Gegenruf des Hans Frey [SPD]: Überall!)

(Ministerin Behler)

(A) Durch diesen Antrag werden neue Impulse gegeben, das berufliche Bildungssystem auf die heutigen Herausforderungen vorzubereiten.

(Laurenz Meyer [CDU]: Mit wem ist denn Übereinstimmung vorhanden? Sagen Sie doch mal! - Gegenruf der Brigitte Speth [SPD]: Beispielsweise mit den Handwerkskammern!)

Auch die Perspektiven zur Weiterentwicklung, die die Denkschrift entwickelt, finden Eingang.

- Hören Sie zu! Vielleicht lernen Sie im Laufe dieser Rede noch etwas Neues. Ich habe den Eindruck, das könnte so sein.

(Beifall bei der SPD - Ursula Bolte [SPD]: Er hat es nötig!)

Die Neustrukturierung des beruflichen Bildungssystems in Nordrhein-Westfalen ist nicht allein Aufgabe eines Ministeriums für Schule und Weiterbildung. Hier gehören alle politischen und gesellschaftlichen Kräfte zusammen. Deshalb wende ich mich ausdrücklich an Arbeitgeber und Arbeitnehmer mit der Bitte, sich konstruktiv an der Lösung der gemeinsamen Probleme zu beteiligen. Denn eines steht fest: Zum dualen System der Berufsausbildung gibt es keine vernünftige Alternative.

(B) Zur Zusammenführung von Kollegschaften und berufsbildenden Schulen hat eine Arbeitsgruppe im Ministerium für Schule und Weiterbildung einen Bericht vorgelegt. Er wurde hier schon zitiert. Er berücksichtigt den Entschließungsantrag des Landtags von Oktober 1992, die Regierungserklärung und die Koalitionsvereinbarung. Wegen der Bedeutung des Vorhabens haben wir zur Vorbereitung der Zusammenführung ein ungewöhnliches Verfahren gewählt. Vielleicht ist es deshalb an manchen Stellen Ihrer Aufmerksamkeit entgangen. Zu dem Abschlußbericht wurden Verbände, Experten und Schulpraktiker vorab um ihre Stellungnahme gebeten. Zudem hat der Ausschuß für Schule und Weiterbildung eine Anhörung zur Zusammenführung durchgeführt. Bei der Würdigung der Ergebnisse der eingeholten Stellungnahmen und der Anhörung zeichnet sich in grundsätzlichen Fragen der Zusammenführung eine große Übereinstimmung ab. Damit sehe ich eine gute Chance, das Vorhaben so zu verwirklichen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN)

Wir können damit einen wichtigen Beitrag leisten, die Probleme der Berufsausbildung und des dualen Systems einer Lösung näherzubringen. (C)

(Laurenz Meyer [CDU]: Wann können wir denn endlich etwas lernen?)

Die Eckpunkte der Regierungsfractionen im vorliegenden Antrag bestätigen das. Denn die Kollegschaften und berufsbildenden Schulen in Nordrhein-Westfalen haben sich beide in den vergangenen Jahren inhaltlich und strukturell weiterentwickelt. Das führte nicht zu einem Auseinandergehen, sondern in vielen Bereichen und Sektoren zu einer Annäherung. Auch wenn Sie es sich vielleicht nicht wünschen mögen: Die Entwicklung an dieser Stelle ist weiter als manch ideologische Diskussion.

(Zustimmung des Hans Frey [SPD] und der Brigitte Schumann [GRÜNE])

Beide Systeme haben auf die erhöhten Qualifikationsanforderungen zu antworten. Sie tun das, indem sie die künstliche Trennung zurückführen. Beides kann inhaltlich sinnvoll nicht voneinander getrennt werden. Allgemeine Bildung ist nicht ohne verantwortliches Handeln und ohne ständigen Praxisbezug zu vermitteln; und berufliche Bildung ohne die Vermittlung allgemeiner Qualifikationen läuft ohnehin Gefahr, viel zu rasch zu veralten. - Dies ist nur ein pragmatischer Hinweis; es gibt auch fachlich-inhaltliche. - Die Vermittlung von Schlüsselqualifikationen und Handlungskompetenz steht heute im Mittelpunkt der Bildungsarbeit beider Systeme. Methodik und Didaktik der Bildungsgänge sind darauf ausgerichtet. Deshalb halte ich eine pauschale Diskussion über den Berufsschulunterricht und seinen zeitlichen Umfang für mehr als schädlich. Bei einer solchen Diskussion besteht die Gefahr, daß die Zukunftsfähigkeit der beruflichen Bildung beschädigt wird. Entscheidend ist, den Schulen ein hohes Maß an Flexibilität und Gestaltungsverantwortung zuzuweisen, das gemeinsam auszufüllen ist. Das ist der richtige Weg. (D)

Ich will einige Akzente herausheben, die das künftige Berufskolleg charakterisieren werden. - Differenzierter und individualisierter Unterricht soll künftig eine bessere Förderung sowohl Leistungsschwächerer wie auch Leistungsstärkerer ermöglichen. Leistungsstärkere sollen hierdurch eine Chance zum Erwerb einer Zusatzqualifikation erhalten. Es wird eine stärkere Verknüpfung allgemeiner und beruflicher Bildung erfolgen. Dem Un-



(Ministerin Behler)

- (A) terricht wird ein ganzheitlicher Lernbegriff zugrundegelegt. Durch die Erweiterung der Möglichkeiten der Doppelqualifikation werden wir die beruflichen Perspektiven der Absolventinnen und Absolventen des Systems erhöhen und ihre Bildungsoptionen verbessern.

Die Sicherung des dualen Systems und seine Attraktivitätssteigerung kann nicht alleine der Staat leisten, auch das größte Bundesland nicht. Ein hohes Maß an Verantwortung dafür liegt auch bei der Wirtschaft - auch darin, daß sie ausreichend Ausbildungsplätze bereitstellt.

Ich bin gerne bereit, daran mitzuwirken - soweit es einem Land möglich ist -, den Beitrag zu erbringen, daß das berufliche Bildungssystem zügig modernisiert wird. Ich wende mich auch an die Bundesregierung und die Sozialpartner, denn ein wesentlicher Teil der Kompetenz liegt an dieser Stelle. Die Bundesländer selbst haben ihr Verfahren zur Entwicklung von Rahmenlehrplänen bereits so gestrafft, daß in kurzer Zeit auf fertige Ausbildungsordnungen reagiert werden kann. Wir im Land werden alles tun, um echte und vermeintliche Ausbildungshemmnisse aus dem Weg zu räumen.

- (B) **Präsident Ulrich Schmidt:** Frau Ministerin, würden Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Thiede gestatten?

**Gabriele Behler,** Ministerin für Schule und Weiterbildung: Nein, denn meine Redezeit geht zu Ende. - Unsere Schulen haben bereits ein außergewöhnliches Maß an Flexibilität und Anpassungsbereitschaft gezeigt. Sie sind bereit und in der Lage, auf betriebliche Bedürfnisse schnell zu reagieren. Aber ich betone: Dies ist eine gemeinsame Aufgabe zum Erreichen eines gemeinsamen Ziels, nämlich der Vermittlung einer hervorragenden und zukunftsorientierten Ausbildung. Ich appelliere an alle Beteiligten, ihren Beitrag hierzu zu leisten.

Die rasche Verwirklichung des Berufskollegs wird ein wichtiger Schritt zur Vorbereitung des Berufsbildungssystems in Nordrhein-Westfalen auf die zukünftigen Herausforderungen sein. Lassen Sie uns hier im Haus den besten Weg finden, um ein attraktives und transparentes Berufskolleg, das diesen Anforderungen genügt, zu finden. Die gesellschaftlich breite Diskussion, die wir mit Verbänden, Experten, Fachleuten aus der Praxis geführt haben und weiter führen wollen, war meines

Erachtens der richtige Weg. Ihn werden wir während und nach der Erarbeitung eines Referentenentwurfs im Ministerium für Schule und Weiterbildung und erst recht bei der weiteren parlamentarischen Beratung fortsetzen. - Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN)

**Präsident Ulrich Schmidt:** Danke schön, Frau Ministerin Behler. - Für die CDU-Fraktion spricht der Abgeordnete Laurenz Meyer.

(Hans Frey [SPD]: Jetzt macht der die Schulpolitik! - Laurenz Meyer [CDU]: Es hat doch auch etwas mit Wirtschaft zu tun, oder nicht?)

**Laurenz Meyer<sup>1)</sup>** (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Daß wir in der CDU-Fraktion keine großen Probleme zwischen denen, die für Wirtschaftspolitik, und denen, die für Schulpolitik zuständig sind, haben, sollte Sie auf eigene Schwierigkeiten aufmerksam machen. Bei uns kommen beide Richtungen sehr gut auf eine Linie.

Dies sollte man Frau Behler ganz klar ins Stammbuch schreiben. Denn Sie hat zwar aus wirtschaftspolitischer Sicht die dramatische Situation am Ausbildungsplatzmarkt richtig beschrieben, hat anschließend die Ergebnisse des Hearings vertreten, doch jetzt soll, ohne die betroffenen Betriebe überhaupt zu hören, sofort in direkter Abstimmung durchgepeitscht werden, was die grünen Bildungspolitiker von der SPD verlangen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und daß der Kollege Frey dazu immer noch nette Bemerkungen macht, das wundert mich ganz besonders. Denn beim letzten Mal, als wir das Thema im Plenum behandelt haben, hat er noch Wert darauf gelegt, daß er für die SPD-Fraktion erklären könne, daß selbstverständlich eine solche Schulreform - wie hier jetzt beschrieben - nur - ich zitiere aus dem Plenarprotokoll vom 9. September 1994 - im breiten Konsens durchgeführt werden kann, so daß ein breiter Beratungs- und Abstimmungsprozeß im Hinblick auf die Gesamtkonzeption des beruflichen Schulwesens nicht nur sinnvoll, sondern auch fortzuführen ist.

Meine Damen und Herren! Und angesichts dessen wollen Sie per sofortiger Abstimmung einen solchen Antrag durchpeitschen? Das ist ein Zeichen von Schwäche, die Sie selbst verspüren, diesen

(C)

(D)

(Meyer [CDU])

(A) Diskussionsprozeß vielleicht gar nicht durchhalten zu können.

**Präsident Ulrich Schmidt:** Herr Kollege Meyer, würden Sie eine Frage von Herrn Degen beantworten.

**Laurenz Meyer<sup>1</sup>** (CDU): Ja, natürlich, selbstverständlich.

**Präsident Ulrich Schmidt:** Manfred Degen, bitte.

**Manfred Degen** (SPD): Herr Meyer, haben Sie nicht mitbekommen, wie intensiv der Dialog zu diesem Thema im Vorfeld der Gesetzesarbeit durchgeführt worden ist?

Wir haben ein anderes Verfahren gewählt: Jetzt beginnt die Gesetzesarbeit. Die Eckpunkte, die wir formuliert haben, sind dafür da. Hier wird nichts durchgepeitscht. Sie hatten ausreichend Gelegenheit - jahrelang -, sich zu informieren. Andere haben das getan. Haben Sie das nicht registriert?

(B)

**Laurenz Meyer<sup>1</sup>** (CDU): Herr Degen, das steht außer Frage. Deshalb wird doch das Verfahren, das Sie wählen, von den Wirtschaftsverbänden in der Form, wie es hier zum Ausdruck kommt, abgelehnt. Herr Clement und Herr Rau haben auf der Handwerksmesse dazu Stellung genommen. Vor der Preisverleihung an Ministerpräsident Klaus ist Herrn Rau die Problematik vorgetragen worden, und er hat gesagt, darüber müsse man noch einmal reden. Das könne nicht ohne weitere Rücksprache festgelegt werden.

Herr Clement hat vor versammeltem Auditorium erklärt, über diese Dinge müsse noch einmal geredet werden. Das könne nicht so einfach verabschiedet werden. Und Frau Schumann bemerkt dazu, das dürfe nicht so sein, der Wirtschaftsminister dürfe das draußen so nicht erklären. Auch wir verurteilen, daß er wie ein Lautsprecher durch das Land tönt und überall Dinge erzählt, die er anschließend nicht durchhalten kann.

Meine Damen und Herren, das aber ist das Problem dieser Regierung: Sie redet mit gespaltener Zunge; draußen wird vor der Wirtschaft das eine erzählt, und Sie machen hier etwas ganz anderes.

Frau Behler, das, was hier passiert, halte ich angesichts der jetzigen dramatischen Ausbildungssituation für einen Anschlag auf die berufliche Bildung und das, was junge Leute zur Zeit von den Betrieben erwarten, daß nämlich Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt werden. Diesen Giftcocktail müßten Sie einmal den Handwerksbetrieben präsentieren: Die Ausbildungsplatzabgabe und gleichzeitig das Berufskolleg als neue Berufsschule, mit der sich in den Betrieben niemand identifizieren kann, einfordern. Zusätzlich wollen Sie die 9-Stunden-Organisation ablehnen, die der Wirtschaftsminister den Handwerkern z. B. auf der Handwerksmesse definitiv als Kabinettsbeschluß vom letzten Dienstag zugesagt hat. Darüber hat Frau Behler kein Wort verloren.

Hier wird mit gespaltener Zunge geredet. Und wissen Sie, Frau Schumann, was das eigentlich Problematische ist? - Wir, die CDU und die GRÜNEN - bei der SPD wollen wir das noch abklären -, haben - das hat die Kollegin Ley vorhin auch schon ausgeführt und betont - ein unterschiedliches Verständnis von der Gleichwertigkeit beruflicher und allgemeiner Bildung:

Während wir glauben, daß ein Mensch, der seinen Beruf ordentlich gelernt hat, eine Gesellenprüfung oder Meisterprüfung abgelegt hat, durch seine berufliche Bildung selbst schon etwas darstellt - nämlich genauso viel wie ein Abiturient -, sind Sie der Meinung, daß der Mensch erst dann anfängt, wenn er einen allgemeinbildenden Abschluß vorweist. An dieser Stelle besteht zwischen unseren Anschauungen ein Unterschied. Das steckt hinter der These. Wir glauben, daß berufliche Bildung allein schon eine Qualifikation darstellt, einen Menschen ausmacht und seinem Ansehen dient.

Deswegen wollen Sie jetzt eine Umgestaltung dieses Schulsystems, ihre alten 68er Kamellen durchsetzen, da Sie meinen, daß Ihnen die Regierung im Gegenzug dafür, daß Sie ihr ein Stückchen Straßenbau zugestehen, die Umgestaltung des Berufsschulwesens konzedierte. Vor dieser Problemlage stehen wir.

Ziehen Sie das hier ruhig durch. Sie werden schon sehen! - Loke, lach nicht so. Du wirst mit zu verantworten haben, wenn Tausende junger Leute mehr auf der Straße stehen, weil sich die Betriebe weigern werden, diesen Prozeß mitzumachen.

(Beifall bei der CDU - Loke Mernizka [SPD]: Wir machen uns nicht zu Bütteln der Betriebe! Da reden wieder die Juristen, die überhaupt keine Ahnung haben!)

(C)

(D)

(A) **Präsident Ulrich Schmidt:** Danke schön, Kollege Meyer. - Für die SPD-Fraktion spricht der Abgeordnete Frey.

**Hans Frey<sup>1</sup>** (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Leider stehen mir nur drei Minuten zur Verfügung, in denen sich die Lernprozesse, die Sie in den letzten Jahren offensichtlich versäumt haben, leider nicht nachholen lassen.

(Beifall bei der SPD und Beifall der Brigitte Schumann [GRÜNE])

Ich empfinde es wirklich als ausgesprochen bedauerlich, wie sich die CDU in diesem Hause zu diesem großen Formwerk darstellt. Unglaublich ist, daß in der Tat die ollen Kamellen, die Sie uns seit zwanzig oder sogar dreißig Jahren präsentieren, hier heute wieder angeboten werden. Ich zweifle langsam daran, daß man hier wirklich eine Diskussionsbasis darstellen kann.

(Beifall bei der SPD)

In diesem Fall bekenne ich hier ganz offen: Das Gefühl, zu etwas wirklich Wichtigem Stellung zu nehmen, hat in den zahlreichen Antragsdebatten während der letzten Jahre bei mir nicht immer überwogen. Diesmal ist das anders, und zwar deshalb, weil der vorliegende Antrag einen Reformprozeß einleitet, der in seiner Bedeutung gar nicht hoch genug bewertet werden kann.

(B) Der Antrag bedeutet nichts anderes als den Startschuß zu einer neuen qualifizierten Ära im beruflichen Schulwesen, zumal er - das haben Sie offensichtlich auch nicht begriffen - mit einem Auftrag an die Landesregierung gekoppelt ist, jetzt erst einen Gesetzentwurf vorzulegen. Wir stimmen heute nicht über Gesetzentwürfe ab, sondern es geht vielmehr darum, den Prozeß jetzt überhaupt erst offiziell einzuleiten. Auch das haben Sie nicht begriffen.

Ich bin mir nämlich auch ziemlich sicher, daß wir in der Mitte der Legislaturperiode das Gesetz verabschieden werden, so daß dann in einem Qualifizierungsprozeß von circa vier bis fünf Jahren alle beruflichen Schulen auf das Niveau des Berufskollegs kommen werden.

Ich möchte noch einmal einen Satz zum Verfahren sagen, denn auch Frau Ley hat es offensichtlich nicht begriffen. Aber Herr Degen und die Frau Ministerin haben darauf hingewiesen: Wir sind bei der Vorbereitung dieses Antrages ganz neue Wege gegangen. Die Möglichkeit, hier alles an Posi-

tionen einzubringen, war noch nie so groß wie in diesem Fall. Wir haben nämlich zuerst aufgrund eines Papiers des Schulministeriums die Beteiligten in die Diskussion eingebunden und erst dann aufgrund eines Vorab-Klärungsprozesses, in dem es tatsächlich großen Konsens gab - selbst der Vertreter der Handwerker hat eine ausgesprochen differenzierte Stellungnahme abgegeben; Sie waren leider nicht da, Herr Meyer, ich habe Sie vermißt -, mit einem Gesetzentwurf aufgewartet. Das nennt man dialogische Form. Jetzt kann man sich natürlich darüber unterhalten, ob dieser Begriff "Dialog" nicht etwas überstrapaziert wird. Aber die Sache selbst wird dadurch ja nicht falsch.

Herr Reul - er ist jetzt leider nicht da - hat noch am letzten Mittwoch im Plenum, ohne rot zu werden, verkündet, die Dialoge habe er satt, das sei ja reine Zeitverschwendung. Da kann ich ihm und anderen Leuten, die das sagen, nur erwidern: Verabschieden Sie sich bitte von diesem anachronistischen Politikstil. Wir brauchen hier keine naßforschenden Pickelhauben, sondern intelligente und demokratische Problemlösungsstrategien.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das ist der entscheidende Punkt.

Ich habe - wenn ich mich ausnahmsweise selbst zitieren darf - in einer ähnlichen Debatte vor einiger Zeit gesagt - da haben Sie kritisiert, das der Kollegs Schulzug sehr langsam führe -: Der Zug Kollegenschule fährt sehr langsam - das ist richtig -, allerdings deshalb, um vielen anderen Gelegenheit zu geben, noch einsteigen zu können, also um auch Ihnen die Gelegenheit zu geben. Ich sage Ihnen: Ab heute wird aus diesem Bummelzug ein schöner Intercity-Express. Sie haben nur noch jetzt Gelegenheit einzusteigen; sonst ist der Zug nämlich wirklich weg.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

**Präsident Ulrich Schmidt:** Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur **Abstimmung**. Die beiden antragstellenden Fraktionen SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN haben direkte Abstimmung beantragt, so daß wir über die **Drucksache 12/1064** direkt abstimmen. Wer ist für den Antrag Drucksache 12/1064? - SPD und Grüne. Wer ist dagegen? - CDU-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen?

(C)

(D)

(Präsident Schmidt)

- (A) - Keine. Damit ist der Antrag Drucksache 12/1064 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion angenommen worden.

Ich rufe auf:

#### 4 Hauptschule stärken

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 12/1074

Ich eröffne die Beratung und erteile das Wort dem Abgeordneten Degen für die Fraktion der SPD.

(Zurufe von der CDU)

- Herr Kollege Meyers, ich habe hier wie immer ein Tableau, von den Geschäftsführern insgesamt verabredet. Wenn Sie darauf bestehen, zuerst zu sprechen - das ist auch üblich -, dann habe ich keine Bedenken. Herr Meyers, bitte!

**Heinrich Meyers<sup>1)</sup>** (CDU): Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Präsident, ich freue mich, daß Sie gegen mich keine Bedenken haben, und möchte gerne nach der naßforschenden Pickelhauben-Rede meines Kollegen Hans Frey zur Realität kommen,

(Zurufe von der SPD)

nämlich zur Hauptschule, bei deren Geburtsstunde in zweiter und dritter Lesung des Landtags am 29. Februar 1968 ein damals junger SPD-Abgeordneter euphorisch ausrief - ich verkürze ein wenig, aber das ist nicht sinnverkürzend -:

"Wir haben nichts anderes zu tun, als einen Doppelpunkt zu machen, hinter dem nun die Entwicklung für ein fortschrittliches, für ein progressives, für ein offenes Schulwesen in unserem Lande liegen muß."

Fast 30 Jahre danach: Hauptschule! Hat sie wirklich eine fortschrittliche, progressive und offene Entwicklung genommen? An den Rand gedrückt steht sie heute da. Stiefmütterlich behandelt, vernachlässigt, alleingelassen, in Gefahr, auf dem Altar ideologischer Träumereien geopfert zu werden, und diffamiert bis in die letzten Tage hinein, als beispielsweise die bildungspolitische Sprecherin der GRÜNEN bei der Anhörung am 4. Juni von

der Hauptschule als einer der niederen Schulformen sich erdreistete zu reden. (C)

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Das werde ich meinen Kindern sagen!)

Lesen Sie bitte auf Seite 10 des Protokolls nach. Eine niedere Form: Die Hauptschule, in der Verfassung verankert, mit einem Bildungsauftrag, wie er umfassender nicht sein kann, und einer Aufgabenstellung, die, in unserem Antrag dargestellt, schwieriger nicht sein kann.

Es ist überhaupt ein Wunder, daß es diese Hauptschule noch gibt, daß sie ihrem Verfassungsauftrag und Bildungsauftrag noch nachkommt, aber nicht ein Wunder, das wir der Landesregierung in den letzten 15 Jahren zu verdanken haben, sondern das wir im wesentlichen dem von hohem pädagogischen Ethos getragenen Einsatz der an der Hauptschule wirkenden Lehrerschaft zu verdanken haben, die sich aber mehr und mehr enttäuscht fragt, wie sie mangels finanzieller und personeller Ressourcen der Hauptschule auch nur annähernd eine fortschrittliche, progressive und offene Entwicklung geben soll.

Der, der das aber übrigens am 29. Februar 1968 versprochen hatte und damals junger SPD-Abgeordneter war, ist heute Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen und fehlt nun an einem Plenartag, der fast ganz der Bildungspolitik gewidmet ist. Das mag ja seine Gründe haben. Aber er schweigt ja ohnehin beharrlich zu Bildungsfragen und schaut zu, wie in diesem Lande die GRÜNEN, noch unbemerkt zwar von der großen Öffentlichkeit, Schritt für Schritt und mehr und mehr zusammen mit einigen ähnlich Gesinnten in der SPD-Fraktion die Bildungspolitik in diesem Lande bestimmen, (D)

(Beifall bei der CDU)

wie sie dabei ideologieverkrampft einem Integrationsfetischismus - sprich: Gleichmacherei - huldigen, dabei aber die Augen davor verschließen, daß es für ihre Träumereien nicht einmal die personellen und finanziellen Voraussetzungen gibt, und damit das Chaos in der Bildungspolitik in diesem Lande auf dem Rücken unserer Kinder nur noch größer machen.

Aber da, wo beherzt notwendige Maßnahmen wie die flächendeckende Einführung eines Ersatzunterrichtes für Schülerinnen und Schüler, die nicht am Religionsunterricht teilnehmen, ergriffen werden müssen, da werden diese mit einer Minimallö-